

Bei aller Dankbarkeit

(s. Titel)

Amerikas Deutschlandvertreter des Amtes für gegenseitige Sicherheit, Michael Harris, versuchte vergangene Woche im Ruhrbergbau den schwarzen Mann zu spielen. Mit der Begründung, die Förderziffern entsprächen nicht seinen Erwartungen, sperrte er 25,6 Mill. DM amerikanischer Gegenwertgelder, die für Investitionen im westdeutschen Bergbau bestimmt waren.

Harris' Anpiff aber galt in Wahrheit weniger deutschen Bergmannsohren (die Förderung ist seit Januar um immerhin acht Prozent gestiegen), als der amerikanischen Öffentlichkeit. Seine Kritik ist ein Spritzer jener Erregungswelle, die seit den Kongreßberatungen über Amerikas neue Dollarhilfe im Haushaltsjahr 1952/53 über den großen Teich herüberschwappt: Die Amerikaner wollen für ihr Geld endlich größere Erfolge in Europa sehen.

Schon das neue Auslandshilfegesetz der USA, unter das Präsident Truman Ende Juli seinen Namen setzte, hatte der amerikanische Kongreß erbarmungslos um etwa ein Viertel zusammengestrichen. Maulte Harry: „Diese Herabsetzungen sind im Namen der Sparsamkeit vorgenommen, aber ich bin überzeugt, daß sie uns, auf lange Sicht gesehen, doch sehr viel mehr kosten werden.“

Ebenso ärgerlich jedoch hatten Amerikas Kongreßabgeordnete gerade Kenntnis von einer neuen großen Dollar-Zuteilung an das gleiche alte Europa genommen, von dem es vor vier Jahren im Programm des Marshallplans geheißt hatte:

- im Juli des Jahres 1952 wird der Wiederaufbau und die Verbesserung des Lebensstandards in Europa so weit fortgeschritten sein, daß die europäischen Nationen ohne weitere amerikanische Hilfe bestehen können.

Statt dessen ist der Griff ins US-Staatsäckel für das anlaufende Haushaltsjahr tiefer, als in jedem der zurückliegenden Marshallplan-Jahre. Selbst nach der Kürzung durch den Kongreß sind es noch 4,3 Milliarden Dollar, die dieses Jahr für Europa bereitgestellt werden müssen. Ihr Verwendungszweck allerdings umreißt einen Wandel: rund 3,1 Milliarden sind für direkte Waffenlieferungen vorgesehen, 1,2 Milliarden fließen in die europäische Rüstungsindustrie.

In dem neuen Gesetz steht kein Wort mehr von der Steigerung des europäischen Lebensstandards, der in den Sommertagen des Jahres 1947 noch Hauptmotiv der Rede Außenministers George C. Marshall vor der Universität Harvard gewesen war. Jener Rede, aus der für die Öffentlichkeit der Marshallplan geboren wurde, das im vergangenen Monat beendete Hilfsprogramm für den Wiederaufbau der kriegszerstörten alten Welt.

Die Harvard-Universität in Boston ist kein Armeuteklub. Bei der jeden Juni fälligen Abschlusfeier werden jahrgangsweise die akademischen Grade an die Abgehenden verliehen. Mit den neugebackenen „bachelor's“ und Magistern, die in Talar und Barett versuchen, ihre lateinischen Diplome zu entziffern, wählt die Universität traditionsgemäß Beiräte und Ehrendoktoren, von denen sie Spenden oder sonstige Unterstützung erwartet.

An jenem 5. Juni 1947 wurden Vertreter der Morgan-Bank, der Chase National, der City-Bank und von Eastman-Kodak als Beiräte gewählt. Zu Ehrendoktoren krö-

die Harvard-Leute den englischen Dichter Thomas Elliot, den Rektor der Universität von Chicago und den Außenminister der USA, General George Catlett Marshall.

Zum Ärger der Reporter und Fotografen erscheint der große, ungeschlachte Marshall statt im Talar im schlichten dunklen Einreihler. Harvards Direktor Conant erläutert: „Bei uns herrscht kein Kostümwang. Jeder zieht an, was er will.“

Aber die Presse kommt auf ihre Kosten. Denn für das, was der nunmehrige Dr. h. c. Marshall in seiner Ansprache zu sagen hat, ist Bostons Hochschule nur die Kulisse.



Schäfers Abendlied auf Trümmerweiden
Von Morgenthau zu Marshall

Marshall's Auditorium umfaßt in diesem Augenblick die ganze Welt. Seine Rede ist ein Aufruf an das vom Kommunismus bis an die Adria und Elbe eingeschlossene Europa und sie ist eine letzte scharfe Aufforderung an den Kreml, obwohl alles so friedlich klingt, was Marshall sagt:

- „In den nächsten drei bis vier Jahren ist Europas Bedarf an Nahrung und anderen Lebensnotwendigkeiten soviel größer als seine Deviseneinnahme, daß erhebliche weitere Dollarhilfe nötig ist, wenn sehr bedenklicher wirtschaftlicher, sozialer und politischer Schaden abgewendet werden soll.“
- „Wir sollten nicht nur stückweise helfen, und nicht nur wie bisher Symptome kurieren . . . Bevor wir helfen, müssen sich die europäischen Länder einigen, was erforderlich ist, und was sie selber leisten können. Die Initiative muß von Europa ausgehen.“

Niemand in der Welt, der diese Rede für einen eben geborenen Original-Marshall'schen Vorschlag hält, weiß um die vorausgegangenen Ereignisse — wie sie auch heute nur vermutet werden können. Denn der Hauptzeuge jener Tage, Ernest Bevin, ist tot.

In Außenminister Bevin's England herrschte Anfang 1947 wieder große Not. Großbritannien bot seinen letzten, nach Weltkrieg II verbliebenen Auslandsbesitz (Eisenbahnen in Argentinien) zum Verkauf an, um leben zu können. Die 1945 empfangene amerikanische Anleihe von 3,75 Milliarden Dollar verbrauchte sich doppelt so schnell wie geplant.

Im Januar 1947 meldet Erni Bevin wieder neuen Geldbedarf in Amerika an. Kriegsveteran England bittet nicht, sondern erklärt durch Bevin's Mund trotz der im Kriege empfangenen 29 Milliarden Dollar Pacht- und Leihhilfe ziemlich herausfordernd: „Wir leben nicht von Mildtätigkeit. Hätten die Alliierten im Kriege ihre Aktiva und Passiva in eine gemeinsame Kasse gelegt, dann wäre die gegenwärtige Lage gar nicht eingetreten und wir hätten auch keine Anleihen gebraucht.“

Außenminister Marshall beschwichtigt: Das sei alles richtig. Aber der Kongreß werde für England allein sobald nichts wieder bewilligen. Höchstens für einen gesamteuropäischen Wiederaufbauplan.

Darauf ließ Bevin Kollegen Marshall wissen, soviel Zeit habe England nicht mehr. Und zur Demonstration der Dringlichkeit kündigte er im Februar offiziell die Zurückziehung britischer Truppen aus dem von kommunistischen Partisanen wimmelnden Griechenland und aus Palästina an.

Also zog Harry Truman in Key West die Urlaubs-Angelschnur ein und proklamierte die Truman-Doktrin: Waffenhilfe für Griechenland und die Türkei.

Und an der Harvard-Universität in Boston verkündete George Catlett Marshall sein Europa-Hilfsprogramm, dessen politischer Sinn für Amerika darin liegt, das europäische Wirtschafts- und Menschenpotential nicht den Sowjets in die Hände fallen zu lassen.

Bevin verstand das Bostoner Stichwort. Wenige Tage nach der Marshallrede telegraphierte er die drei Außenminister für den 27. Juni nach Paris zusammen. Tagesordnung: der von Doktor Marshall verlangte gesamteuropäische Aufbauplan. Bevin erfand auch die Bezeichnung Marshallplan, um einen großen amerikanischen Namen vor das Programm zu spannen.

Moskaus Außenminister Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow nahm die Einladung nach Paris an. Denn in Marshall's Thesen war ausdrücklich gesagt: „Unser Plan richtet sich nicht gegen ein Land oder eine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos. Jede Regierung, die an der Wiedergesundung mithelfen will, wird die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten finden.“

Auf dem Pariser Abendbankett an einem Sonabend, bis zu dem noch nichts über die Teilnahme der Oststaaten am Marshallplan entschieden war, gab es Suppe, Lachs, Forelle, Lammkeule, sowie einen Weißwein, zwei verschiedene Rotweine und Champagner. Frankreichs Ministerpräsident Bidault entschuldigte sich wiederholt „wegen des einfachen Essens.“

Auch Rußland hatte im Kriege für 11 Milliarden Dollar Militärlieferungen und in der Nachkriegszeit 1,2 Milliarden Dollar Wirtschaftskredite erhalten und spekuliert auf weitere Unterstützung. Aber Molotow erbat sich bis Mittwoch 17 Uhr Bedenkzeit, denn schließlich war ein Programm der wirtschaftlichen Befriedung Europas ein schlechter Weg zu dem bolschewistischen Ziel, weltrevolutionäre Ausgangssituationen zu schaffen.

Was der Kneifer-Mann dann am Mittwochabend als den Standpunkt der Sowjetunion bekanntgab, ließ die Konferenz auffliegen: „Wir müssen den Vorschlag ablehnen, denn hier soll eine Organisation

geschaffen werden, die über die europäischen Länder gestellt ist. Sie würde sich in die Angelegenheiten dieser Länder einmischen und ihre Souveränität gefährden. Es ist ganz augenfällig, daß die europäischen Länder damit von Amerika kontrollierte Staaten würden."

Hausherr Bidault geleitete Molotow noch die große Freitreppe des Quai D'Orsey hinunter zu dem gepanzerten Auto des russischen Außenministers. Die 91 Sowjetpolizisten, die zu seiner Bedeckung aus Moskau mitgekommen waren, salutierten, als sich der Wagen in Bewegung setzte. Schwer stieg Bidault die Treppen wieder hinauf. Auf die Frage eines Reporters winkt er müde ab: „C'est fini.“

Am nächsten Tage sagt die Tschechoslowakei, die sich schon zur Mitarbeit am Marshallplan für die in der folgenden Woche beginnende Arbeitskonferenz gemel-

auf eine Umwandlung Deutschlands in ein Land von vornehmlich agrarischem und Weidecharakter abgestellt."

Henry J. Morgenthau, ehemals Schatzkanzler der USA und Landwirtschafts-experte aus Langeweile, wollte tatsächlich die Bergwerke des Ruhrgebietes zuschütten und alle Stahlwerke und Industrieanlagen zerstören. Zwischen Castrop-Rauxel und Mülheim sollte auf Trümmerweiden Schäfers Abendlied erklingen.

Obwohl der Plan nach Kriegsende offiziell nie durchgeführt wurde, gab er laut Morgenthau eigenen Memoiren doch die Grundgedanken zum Potsdamer Abkommen ab. Und nach der deutschen Kapitulation arbeiteten in den alliierten Besatzungsbehörden viele Leute insgeheim nach dem Ziegenweidenplan Mr. Morgenthau. Das Demontageproblem stand jahrelang unter seinem Leitgedanken.



Letztes Glas am Wendepunkt: **Marshall und Molotow**

det hatte, ihre Teilnahme wieder ab. Auf dieser Pariser Tagung der Marshallplan-Länder in spe aber tauchte zum erstenmal ein Problem auf, mit dem der Erfolg oder Mißerfolg des Planes unheimlich eng verbunden blieb: der Wiederaufbau Westdeutschlands.

Für Amerikas Öffentlichkeit war dieses Deutschland der verfluchte Flecken Erde, auf dem und dessentwegen Zehntausende ihrer braven Boys hatten sterben müssen. In Metallsärgen nebeneinander gereiht, kamen sie auf Totenschiffen immer noch in den Häfen der Ostküste an.

Deshalb genau so wie durch den Wunsch amerikanischer Firmen, deutsche Großkonzerne zu beerben und Deutschlands Wirtschaftsmacht zu brechen, waren in den Staaten noch immer die Gedanken eines Mannes namens Henry Morgenthau in Mode. Er kannte Deutschland hauptsächlich aus den Erzählungen seines in Mannheim geborenen, später ausgewanderten Vaters.

Präsident Roosevelt selbst hat in einer schwachen Stunde zugegeben, es sei ihm unverständlich, wie er jenen, von Morgenthau ausgearbeiteten Plan, unterschreiben konnte, der am 16. September 1944 von ihm und Winston Churchill auf der Konferenz von Quebec proklamiert wurde. Das Dokument schloß mit den Worten: „Dieses Programm für die Ausschaltung der Kriegsindustrie der Ruhr und der Saar ist

Was half es da, daß der deutsche Professor Fritz Baade, der nach zwölf Jahren Berater Tätigkeit bei der Türkischen Regierung 1946 für zwei Jahre nach den Vereinigten Staaten reiste, kluge Amerikaner fand, die gegen Morgenthaus Vernichtungsthese angingen und auf Deutschlands ökonomische Herzfunktion in dem nun daniederliegenden Europa hinwiesen?

Schon am 12. November 1945 hatte ein amerikanischer Repräsentantenhaus-Ausschuß, der sogenannte Colmer-Ausschuß (nach dem demokratischen Abgeordneten William M. Colmer) berichtet:

- „Deutschland war das größte europäische Industrieland, und auf dem Kontinent der größte Importeur wie Exporteur. Die Industrien der Nachbarländer waren in hohem Maß von deutschen Ersatzteilen und Werkzeugmaschinen, ferner von deutscher Kohle und Düngemitteln abhängig.“

- „Man kann natürlich in den bisher von Deutschland abhängigen Ländern neue Industrien aufbauen, wenn Deutschland jede Möglichkeit verlieren soll, seinen Mindestbedarf an Lebensmitteln und Rohstoffen einzuführen. Aber die Erholung Europas würde dadurch verzögert.“

Der Pariser Ausschuß der dollarhungrigen Länder, der vom 12. Juli bis 22. September 1947 mit Unterbrechungen in

Paris tagte, um den europäischen Vierjahresplan aufzustellen, nahm Colmers Bericht nicht zur Kenntnis. Auch die späteren Ausarbeitungen des Harriman-Gutachtens und des Herter-Ausschusses im Repräsentantenhaus fielen in Paris unter den Konferenztisch.

Demontage und Produktionsbeschränkung der deutschen Stahlindustrie schienen auch diesen Ausschüssen ebenso unsinnig, als wenn die USA willkürlich Teile ihrer eigenen Stahlindustrie beseitigen würden. Jedem Amerikaner sei klar, daß die ganze Nation darunter leide. Genau so leide ganz Europa durch eine Beschränkung seines zentralen Industriegebiets, d. h. des deutschen.

Während Englands Produktion 1947 (1937 = 100) auf fast wieder 100 und Frankreichs auf immerhin 91 stand, zeigte sich in der westdeutschen Indexzahl von 37 der weitgehende ganze Ruin. Gegenüber 1,2 Millionen zerstörter Wohnungen in England und Frankreich zusammen lagen in Deutschland 2,5 Millionen Wohnungen in Trümmer. Bei fast gleicher Ernährungsbasis und Bevölkerungszahl wie Westdeutschland exportierte England für 6380 Millionen Dollar im Jahr, Trizonesien für ganze 685 Mill.

Die großen volkswirtschaftlichen Handicaps aber, die auch der heutigen Bundesrepublik erhalten geblieben sind, waren:

- Damals acht, heute zehn Millionen Flüchtlinge, die mit den Vertriebenen-trecks über die Elbe kamen.
- Ausfall der Lebensmittel-Überschußgebiete Ostdeutschlands, die noch 1936 mehr als ein Viertel der westdeutschen Ernährung deckten.

Das alles stand in Paris nicht zur Debatte. Westdeutschland war auf der Konferenz durch seine Militärgouverneure vertreten; nicht schlecht vertreten. Aber immer, wenn General Clay den Mund aufmachte, um größere Zuteilungen für die Bizone herauszuholen, zertränkten die anderen Nationen die grünäugige Hexe Ilse Koch von Buchenwald aus dem Argumenten-Schrank.

Zudem zankten sich die Teilnehmerstaaten des neuen, amtlich European Recovery Program (ERP) genannten Aufbauplans, selbst um die größten Happen. Erst als England die schon von Bevin geforderten 5,5 Milliarden Dollar theoretisch zugesprochen und je die Hälfte der britischen Summe an Frankreich und Italien verteilt war, ging ein fertiger Waren-Wunschzettel nach Washington ab.

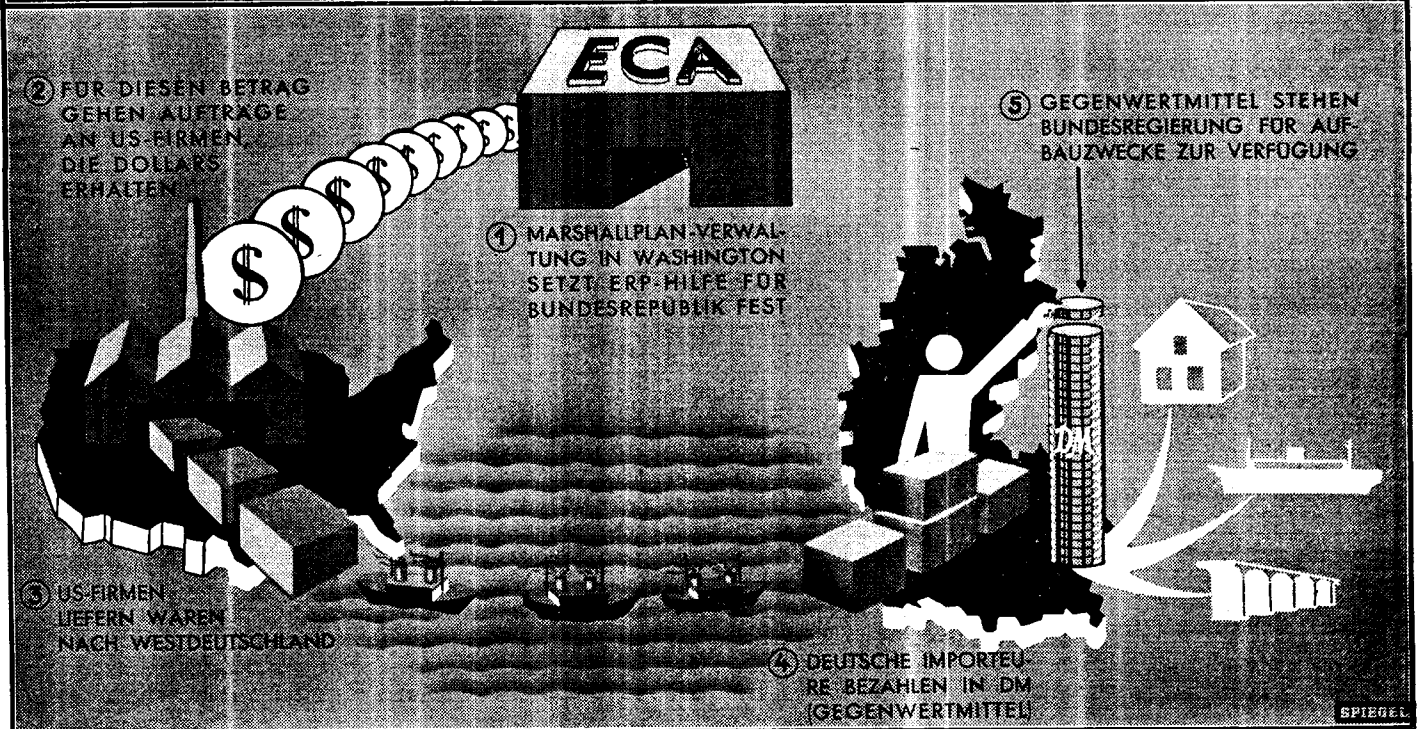
Dort war inzwischen unter der Bezeichnung Economic Cooperation Administration (ECA) die amerikanische Marshallplan-Verwaltung gegründet. Die in Paris verhandelnden Marshallstaaten vereinigten sich als Gegenstelle der ECA zu einem Europäischen Wirtschaftsrat.

Denn das war neben dem Wiederaufbau das zweite Ziel, das die Amerikaner für ihr Geld erreicht sehen wollten: Europa sollte zumindest wirtschaftlich aus der Kleinstaaterei heraus zu einem großen Wirtschaftsraum eingeschmolzen werden, um die Vorzüge eines großen Marktgebietes wie das der Vereinigten Staaten zu bieten.

Auf vorwiegend US-Schiffen (das war ausbedungen) dampften nun die Waren nach Europa und auch nach Deutschland. Was den Besatzungszonen schon bis zu diesem Zeitpunkt an Unterstützungen durch die Siegerstaaten gezahlt war, lief unter der Bezeichnung „Garioa“ (Abkürzung für Government and Relief in Occupied Areas).

Die Garioa-Lieferungen hatten den Zweck gehabt, die Besatzungssoldaten in Deutschland vor Seuchen oder davor zu schützen, daß ihnen die hungernden Besiegten auf

STATIONEN DER MARSHALLHILFE



offener Straße das Weißbrot aus den Zähnen rissen. Sich in den Lieferungen überschneidend, nahmen allmählich die ERP-Sendungen den ersten Platz der Auslandsunterstützung ein.

In dem ECA-Vertrag über die Marshallhilfe, den die inzwischen gegründete Bundesrepublik im Dezember 1949 unterzeichnete, stand allerdings etwas, was für die anderen Teilnehmerstaaten nicht galt: Daß diese Hilfe eines Tages zu bezahlen sei.

Alle anderen Mitgliedsstaaten des europäischen Wiederaufbauplanes bekamen die Dollarwaren im wesentlichen geschenkt. Westdeutschland dagegen wird heute nach der Londoner Schuldenkonferenz für die GARIOA- und ERP-Hilfe mit insgesamt 1,2 Milliarden Dollar Nachkriegsschulden die (herabgesetzte) Rechnung präsentiert.

Mit den jubelnd begrüßten Marshallplan-Schiffen kam auch eine Reihe von Waren, die Molotows inzwischen gegen das ERP aufgezogener Propaganda gut in den Kram paßten. Rußlands Außenminister hatte versucht, mit den Oststaaten eine Gegenaktion („Molotow-Plan“) aufzuziehen, war daran aber mangels russischer Lieferfähigkeit gescheitert.

Durch seinen hastigen Verzicht hatte Molotow auch die Chance verpaßt, mit der rechten Hand Marshalldollars einzustreuen, um mit der linken trotzdem die kommunistische Unterhöhlung Frankreichs, Italiens und Deutschlands fortzusetzen. Mit seinem Njet zum ERP war ein Wendepunkt der Nachkriegspolitik erreicht. Ende 1947 tranken Molotow und Marshall auf einem Empfang in London ein letztes Glas Wein miteinander.

Danach saß Molotow im Kreml und schmolte. Amerika zwingt Europa durch den Marshallplan seinen nicht absetzbaren Warenüberschuß auf, und führe die Teilnehmerstaaten in die politische Versklavung. Damals warteten die marxistischen Wirtschaftstheoretiker noch jeden Tag auf den amerikanischen Wirtschafts-Kollaps.

Tatsächlich waren unter den amerikanischen Sendungen auch überflüssige

Dinge. So etwa für 450 Millionen Dollar Tabak, deren Verschiffung für den Europaabsatz der Türkei und Griechenland das Todesurteil bedeutete. Heute hat sich der europäische Raucher an die Virginia-Tabake gewöhnt. Auch die Trockenfrüchte, das Pferdefleisch und den Mais (Semlers „Hühnerfutter“) waren die amerikanischen Geschäftsleute ganz gern gegen gute Regierungsdollar losgeworden.

Professor Baades Konzeption über die zweckmäßigste Verwendung der Gelder, für die sich auch der ehemalige amerikanische Präsident Herbert Hoover einsetzte, lautete: Europa hat

- die Produktionsmittel,
- die Arbeitskräfte,
- um sich selbst zu helfen. Es braucht nur eine Übergangsunterstützung an
- Kohle, damit die Schornsteine wieder rauchen,
- Lebensmitteln, damit die Arbeiter wieder etwas in die Knochen bekommen.

Zum Schaden Deutschlands und Europas drang diese Konzeption in der Weltöffentlichkeit gegen die Buchenwald-Hexe nicht durch.

Ihre Verwirklichung hätte einen frühen Demontagestop und die Beseitigung der Produktionsbeschränkungen für Deutschland vorausgesetzt. Die vernünftigen amerikanischen Stimmen drangen infolge der alliierten Nachrichtenblockade nicht einmal bis nach Deutschland durch. Professor Baade brachte einige erste Exemplare der Harriman- und Herter-Gutachten in seinem Handgepäck mit, als er 1948 einen Ruf an das Weltwirtschaftsinstitut Kiel annahm. Er erkannte: „Es stecken im Marshallplan leider immer noch gewisse Bestandteile des ursprünglichen Morgenthau-Planes“

Tatsächlich wurde die Stoßtherapie der amerikanischen Hilfe dadurch abgeschwächt, daß die in Deutschland liegenden Möglichkeiten ungenutzt blieben. Westeuropas Landwirtschaft hatte in diesen Jahren schon wieder leidlich Stickstoff und Kali bekommen. Aber der fehlende

Phosphat-Dünger brachte nach dem Gesetz vom Minimum jährliche Mindererträge von etwa 10 Millionen Tonnen Getreidewert. Die übliche Phosphordüngung durch Thomasschlacke aus den Hochöfen unterblieb, weil die deutschen Stahlwerke nicht arbeiten durften.

Nach einer Deutschland-Rundfahrt forderte Amerikas Alt-Präsident Hoover die Beseitigung der Verbote für Deutschlands Wirtschaft ebenso energisch wie der Deutsche Baade. Herbert Hoover unterstützte Baades detaillierte Thesen:

- Infolge der Produktionsbeschränkung für die deutsche Düngemittelindustrie kann Deutschland nur 200 000 t chemisch gebundenen Stickstoff (Bedarf: 500 000 t) und 200 000 t chemisch gebundene Phosphorsäure (Bedarf: 650 000 t) herstellen und von beiden Erzeugnissen im Gegensatz zu früher, nichts ausführen.
- Es ist eine ökonomisch widersinnige Tatsache, daß für 70 Millionen Dollar jährlich auf Kosten des amerikanischen und britischen Steuerzahlers Benzin und Stickstoffdüngemittel nach Deutschland geliefert werden, die es selbst herstellen könnte.
- Deutschland ist für Europa doppelt unersetzlich: einmal als Produzent der schweren Maschinen, Chemikalien usw., die durch die radikalen Produktionsbeschränkungen betroffen sind; zum anderen als Abnehmer. Allein ein Drittel der griechischen und die halbe türkische Ausfuhr gingen vor dem Kriege nach Deutschland. Süd- und Westeuropa können ihren Tabak, Trockenfrüchte, Weine, Apfelsinen und Gemüse nur in Westdeutschland absetzen und das nur dann, wenn Westdeutschland wirtschaftlich gesund ist und einen ausreichenden Lebensstandard hat.

Das war es auch, was Deutschlands europäische Handelsnachbarn, wenn sie stauend ihren schwachen Wirtschafts-Puls schlag registrierten, nicht begreifen wollten: mit einem asthmatischen deutschen Herz im Leibe kann der europäische Wirtschaftskörper nicht gesund sein. Beweis da-

für ist schon die Tatsache, daß der Import sämtlicher europäischen Staaten aus Deutschland vor dem Kriege ebenso groß war wie die Einfuhr insgesamt aus den USA.

Herbert Hoover war einer der wenigen, die das eingesehen hatten. In einem Vorwort zu Baades Anti-Demontage-Schriften sagte er: „Wir können Deutschland wirtschaftlich in Ketten halten, aber damit halten wir Europa auch in Lumpen.“

Während in den USA noch an Gutachten gearbeitet wurde, vollzog sich in Europa auch der zugunsten Frankreichs geplante Umbau auf dem Gebiete der Eisen-, Stahl- und Maschinenfabrikation. Zur gleichen Zeit, da im Ruhrgebiet die besten und modernsten Anlagen, wie etwa die August-Thyssen-Hütte, im Rahmen des Marshallplans zerstört wurden, wurden im Rahmen des gleichen Planes in Belgien, Frankreich, Luxemburg und England gewaltige neue Stahlkapazitäten aufgebaut.

Im Endeffekt sollten im Ruhrgebiet etwa 4 Millionen Tonnen Rohstahlkapazität zerstört und gleichzeitig in den übrigen ERP-Ländern etwa 7 Millionen Tonnen Rohstahlkapazität mit amerikanischen Dollars aufgebaut werden. Das war zum großen Teil weggeworfenes Geld.

Baades Resumee: „Wenn man das deutsche Problem so sieht, gibt es keinen Zweifel, daß es besser gewesen wäre, wenn man sofort nach der Kapitulation die Deutschen aufgefordert hätte, mit aller Kraft Friedensgüter zu produzieren und es Deutschland auch gestattet hätte, seine Kohlenproduktion möglichst im ganzen Umfang für die eigene Industrie einzusetzen. Dies wäre der billigste und kürzeste Weg für den Wiederaufbau Europas gewesen.“

Heimkehrer Baade hat in seinen Amerika-jahren, als ihn die Besatzungsmächte noch nicht nach Deutschland hereinließen, einen Teil seiner türkischen Ersparnisse (Nettoeinkommen 600 Dollar monatlich) für das Anti-Demontage-Studium ausgegeben. „Ich hatte in der Türkei offen gesagt, gut verdient, in einer Zeit, als es allen deutschen Hitler-Gegnern sehr schlecht gegangen war und ich fühlte mich verpflichtet, einen Teil meiner Ersparnisse für den Aufenthalt in Amerika zu verwenden.“

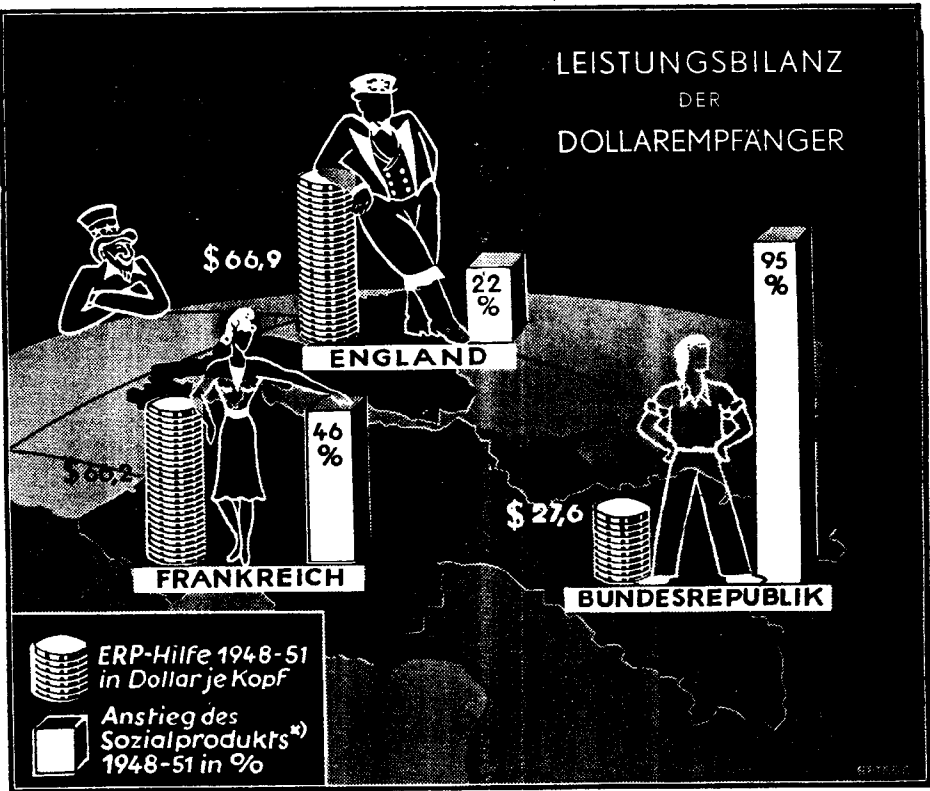
Wie sein unsichtbarer Gegner Morgenthau, ist auch Baade Agrarfachmann. Gleich nach seinen Ämtern als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates und als Stadtverordneter im roten Essen arbeitete er ab 1919 sechs Jahre in der landwirtschaftlichen Praxis. 1929 wurde der Sozialdemokrat Baade dann Reichskommissar bei der Deutschen Getreide-Handelsgesellschaft Berlin und ab Februar 1930 Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Roggenkommission, bis er Anfang 1935 in die Türkei ging.

Gerade aus dieser Erfahrung heraus konnte Baade beweisen daß die USA nach dem zweiten Weltkrieg in der Ernährungsfrage verhältnismäßig schnell und mit geringem Aufwand helfen konnten. Er schlug vor, eine Million Tonnen amerikanisches Rohphosphat zur Düngemittelherstellung in die Superphosphat-Werke Westdeutschlands zu liefern. Das hätte folgende Rechnung ergeben:

- Kosten bis Europa 10 Millionen Dollar,
- damit erreichte Mehrproduktion an Getreide (in einem Jahr) 3 Millionen Tonnen im Werte von 300 Millionen Dollar.

Phosphat und Kohle konnten die USA billig schicken. Es war genug vorhanden. Aber die Amerikaner vervielfachten sich die Kosten, indem sie die Fertigprodukte lieferten und Deutschlands Fabriken zerstörten oder ihre Produktion beschränkten.

Baades dollarsparende Überlegungen drangen in den USA nur schwach durch. Und daß die Konzeption Hoovers, des Hariman- und Herter-Ausschusses auch später



nicht durchgesetzt wurde, liegt zum großen Teil daran, daß die deutsche Politik nicht entschieden genug auf die Hoover-Linie eingeschwenkt ist. Nach Dr. Semlers Hühnerfutter-Affäre, die seine Entlassung als Chef des bizonalen Wirtschaftsrates zur Folge hatte, wurden die kritischen deutschen Stimmen zum Marshallplan immer lauter von den reinen Danksagungen für das amerikanische Manna übertönt.

Die Fehldispositionen im Rahmen des Marshallplans, die beispielsweise große Stahlwerke in dem kohlennarmen Italien emporwachsen ließen, wurden ermöglicht durch die sogenannten Gegenwertmittel oder „Counterpart funds“. Diese Gelder entstanden mit der Bezahlung von Marshallplanwaren durch die Importeure in Landeswährung. Sie flossen auf ein Sonderkonto, das der jeweiligen Regierung unterstand (siehe Graphik Seite 21).

In Westdeutschland häuften sich die DM-Gegenwertgelder auf ein Konto bei der Bank Deutscher Länder, bzw. der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Über das angesammelte Geld durfte und darf die Bundesregierung unter Zustimmung Washingtons zu Investitionszwecken verfügen.

Dieses Geld war schon ein paar Sprünge um das goldene Kalb in Wallstreet wert. Denn für den Wiederaufbau der zerstörten Fabriken, Wohnungen und Verkehrseinrichtungen ließ sich in Westdeutschland nach der Geldreform kein Kapital auftreiben.

Bis heute sind 5 Milliarden DM Gegenwerte freigegeben worden. Fast die Hälfte ging in die Industrie oder in den Bergbau. Die meisten neugebauten Elektrizitätswerke der Bundesrepublik stehen auf Marshallgeldern, 60 000 Betriebe und Einzelpersonen erhielten Kredite.

Vizekanzler Franz Blücher, der in Sachen ERP für Westdeutschland die Honneurs machte, zählte in seiner offiziellen Dankadresse an das amerikanische Volk auf, daß aus dem Gegenwertfonds außerdem

- 132 000 Wohnungen finanziert und fast
- 400 Schiffe gebaut oder repariert werden konnten.

Wirtschaftsexperten bezeichnen die Gegenwertmittel als das Positivste an der

amerikanischen Hilfe. Die gelieferten Lebensmittel sind längst verzehrt, die Rohstoffe verarbeitet. Aber Hermann Abs' Frankfurter Kreditanstalt für Wiederaufbau besitzt in den Gegenwertgeldern einen Investitionstopf, der sich immer wieder füllt: Mit den Tilgungsbeträgen für die ausgegebenen Gegenwertkredite und mit den Zinsen kommen jährlich wieder 310 Millionen DM herein.

Nach den ERP-Verträgen sollten die Gegenwertmittel in allen Ländern grundsätzlich für Investitionen und nur in äußerstem Notfall für allgemeine Zwecke des Staatshaushalts eingesetzt werden. Damit war die Maxime aufgestellt, daß nicht auch die Gegenwertmittel noch verkonsumiert, sondern zur Erweiterung der Kapazitäten verwendet werden sollen.

Besonders Frankreichs wechselnde Regierungen aber machten zur Beseitigung innerpolitischer Spannungen (Lohnfragen, Subventionen für Lebensmittel usw.) oft von der Hand-in-den-Mund-Verwendung Gebrauch. Nur die französische Stahlindustrie wurde im Monnet-Plan bevorzugt, um stark in die Montan-Union zu gehen, von 6 Mill. to Produktion 1938 auf 9,8 Mill. 1951 ausgebaut.

England nutzte die Gegenwertmittel besser als Frankreich, obwohl der britische Wohlfahrtsstaat mit seinen Sozialleistungen und der Vierzigstundenwoche den Nutzeffekt verkleinerte. Immerhin lagen Großbritanniens Investitionen im Kalenderjahr 1950 an der Spitze der drei wichtigsten Marshallplan-Länder (in Milliarden Dollar)

- England 5645
- Bundesrepublik 4710
- Frankreich 3440

Jubelnd sah sich Großbritannien im Dezember 1950 auf der Höhe des wirtschaftlichen Erfolgs. Gegen ein Gold- und Dollardefizit von über 1 Milliarde bei Beginn des Marshallplans hatte es durch steigende Exporte und durch Importbeschränkungen im Rahmen der Austeritätspolitik

^{*)} Das Sozialprodukt ist der Wert sämtlicher produzierten Waren, Dienstleistungen usw. einer Volkswirtschaft.

in einem halben Jahr eine Reserve von 220 Millionen Dollar angesammelt.

Während Schatzkanzler Sir Stafford Cripps nach scheinbar getaner Arbeit in die Schweiz ging, um seine Rückenmarks-TB auszuheilen (er starb daran am 21. April 1952), verkündete sein Nachfolger Hugh Gaitskell über den Rundfunk: „Die Wirtschaft Großbritanniens hat sich so weit erholt, daß eine weitere Inanspruchnahme der amerikanischen Leistungen nicht erforderlich ist.“ Als erste unter den 16 Teilnehmerstaaten verzichteten die Briten auf weitere Marshallhilfe.

Ein kleines Hintertürchen allerdings ließen sie sich offen: „Die Einstellung der ERP-Hilfe bedeutet jedoch nicht, daß die britische Wirtschaft völlig gesund ist oder daß die Finanzreserven des Sterlingblocks vollkommen ausreichend sind. Das Übereinkommen mit den USA, die Marshallplanhilfe für Großbritannien ab 1. 1. 1951 nicht fortzusetzen, stellt deshalb nicht eine generelle Beendigung dar. Im Notfall kann eine Wiederaufnahme in Erwägung gezogen werden.“

Zehn Monate später stand Hugh Gaitskell an dieser Hintertür und drehte verschämt den Hut in der Hand, um anzufragen, ob man die Dollarhilfe nicht wieder aufnehmen könne. Es sei eben doch nicht so einfach, besonders wegen der Aufrüstung.

Denn die Briten hatten in ihrer Freude etwas übersehen. Das Anschwellen ihrer Devisenvorräte war weniger ihr Verdienst als das Mao Tse Tungs: Nach Ausbruch des Korea-Krieges entstand für die erwartete Aufrüstung des Westens eine überspitzte Rohstoffkonjunktur, von der hauptsächlich das mit London gemeinsam Kasse machende Sterlinggebiet profitierte.

Die Weltmarktpreise, insbesondere für Gummi, Zinn und Wolle sprangen in die Höhe. Im Eiltempo kaufte Amerika für seine Rüstungsvorräte (Stockpile-Politik) große Mengen strategischer Rohstoffe gegen bare Dollars. Auch das kriegsängstliche Europa deckte sich mit Vorräten ein,



Warnung an Europa
Marshallplan-Administrator Hoffman

zugunsten der englischen Devisenkasse. Nachdem sich jedoch die Panik gelegt hatte, fielen die Weltmarktpreise wieder. Englands Devisenpolster schrumpfte zusammen.

Korea brachte nicht nur Großbritanniens Devisenkasse durcheinander. Der Krieg am 38. Breitengrad führte auch zum vorzeitigen Ende des gesamten Marshallplans überhaupt *). Die von den USA ausgehende Rüstungswelle unterwarf auch das Wirtschaftshilfsprogramm für Europa einem grundlegenden Wandel.

Paul G. Hoffman, damals Administrator des Marshallplans, bekam die neuen Rüstungspläne Amerikas zu spüren. Für seine friedliche Wirtschaftshilfe blieb immer weniger Interesse und Geld übrig. Hinzu kam, daß Hoffman als einer der wenigen Amerikaner die Bedeutung des (nicht strategischen) Osthandels für Europa erfaßt hatte. Sein Argument war, daß eine starre Beschränkung des Osthandels Europas Abhängigkeit von amerikanischer Wirtschaftshilfe nur vergrößern würde.

Darüber hinaus sagte der Studebaker-Präsident Hoffman als Volkswirtschaftler etwas, was die Politiker nie zuzugeben bereit waren. Er warnte: „Der Lebensstandard in Europa wird allerdings unter der Wiederaufrüstung leiden.“

Als der Vorrang der Rüstung gegenüber der Wirtschaftshilfe immer größer wurde und keine Aussicht auf Einigung bestand, trat Hoffman am 23. September 1950 von seinem Posten zurück. Er übernahm die Leitung der neuen Ford-Stiftung, die philanthropischen Zwecken dient.

Erst ein Jahr darauf wurde die Umwandlung der Wirtschaftshilfe in ein Rüstungsprogramm auch offiziell vollzogen. Nach den verschiedenen getrennten Hilfsmaßnahmen der drei ersten Nachkriegsjahre und nach dem dann folgenden zusammengefaßten ERP-Programm trat Ende 1951 die amerikanische Nachkriegshilfe für Europa in ihr drittes Stadium:

- Aus dem europäischen Wiederaufbauprogramm wurde das „Programm für gegenseitige Sicherheit“.

Im November 1951 ernannte Präsident Truman den Sonderbotschafter für den Marshallplan, Averell Harriman, zum Direktor der inzwischen aus der ECA zur MSA (Mutual Security Agency) gewordenen Hilfsprogramm-Verwaltung in Washington. Denselben freundlichen Harriman mit dem Zahnpasta-Lächeln, der wie Fritz Baade den Unsinn der Demontagen erkannt, nur keine entscheidenden Konsequenzen daraus gezogen hatte.

Und schon das ist bezeichnend für die jetzt abgeschlossene Metamorphose der US-Auslandshilfe: Der Leiter des Amtes für gegenseitige Sicherheit, Harriman, ist gleichzeitig der amerikanische Vertreter im Drei-Weisen-Rat der waffenklirrenden Atlantikpakt-Organisation.

Das Marshallplangesetz von 1948 ist bereits am 31. Dezember 1951 durch das „Gesetz über gegenseitige Sicherheit“ ersetzt worden. Danach wurde die Marshallhilfe zwar noch bis zum 30. Juni dieses Jahres abgewickelt, aber die Tendenz verlagert sich allmählich auf Kanonen statt Butter.

Nur noch dem Namen nach läuft ein Teil der Rohstofflieferungen unter der friedlichen Bezeichnung „Wirtschaftshilfe“. Auch diese Rohstoffe gehen in Westeuropas Rüstung.

Am Ende der vier Marshalljahre, die Westeuropa wirtschaftlich einigen und von fremder Hilfe unabhängig machen sollten, findet der amerikanische Steuerzahler die

*) Von den insgesamt 12 Milliarden an Europa ausgeschütteten Marshalldollars erhielt Westdeutschland 1,35 Milliarden, England 3,2 Milliarden, Frankreich 2,7 Milliarden.



Danksagung an Amerika
Marshallplan-Minister Blücher

Hauptempfängerländer seiner jahrelang gezahlten Dollar in folgender Situation:

- England hat in diesen Wochen sein Rüstungsprogramm von vier Milliarden Pfund Sterling um ein weiteres Jahr in die Länge gezogen, also praktisch um 25 Prozent herabgesetzt. Im Außenhandel steht es weit schlechter da als 1950. Sein Defizit betrug im Monat Mai 1952 rund 240 Millionen Dollar. Churchill verkündete neue Importkürzungen. Ohne sie wäre England zum nächsten Frühjahr zahlungsunfähig.
- Frankreichs wirtschaftlicher Bankrott droht spätestens im Herbst wieder akut zu werden, da das Preissenkungs-Experiment Pinays keine entscheidenden Erfolge brachte (s. SPIEGEL Nr. 29/52). Der französische Außenhandel notierte im Monat Mai 126 Milliarden Franken Einfuhr und 119 Milliarden Ausfuhr. Gelingt es Pinay nicht bald, die Inflation zu überwinden, sieht er den ersten Schnee nicht mehr als Regierungskopf.

Trotz der verpaßten Chancen, die Professor Baade und seine amerikanischen Mithelfer gegen den Morgenthaugeist aufzeigten, und obwohl für jeden Westdeutschen nur Bruchteile der Marshallzuweisungen anderer Länder gezahlt wurden, hat sich Amerikas Dollarhilfe in der Bundesrepublik Deutschland prozentual am besten verzinst (siehe Graphik).

Begünstigt durch die 1948 durchgeführte Währungsreform — an die das fast ebenso währungszerrüttete Frankreich sich nicht herantraute — ist die wirtschaftliche Lage Westdeutschlands heute voll hoffnungsvoller Anzeichen. Der Produktionsindex steht verglichen mit der Vorkriegszeit auf 144, die D-Mark ist dank der knappen Geldpolitik der Bank deutscher Länder absolut intakt und der Außenhandel nahezu ausgeglichen.

Westdeutschlands große Rechnung seit Kriegsende zeigt ein noch überzeugenderes Bild der deutschen Leistungsfähigkeit. Ohne Berücksichtigung der Reparationen oder Demontagen und ohne die deutschen

Auslandsverluste betragen die reinen Zahlungen an Besatzungskosten seit 1945 über 40 Milliarden DM. Umgerechnet ergibt sich daraus, daß

- Westdeutschland seit Kriegsende an bar bezahlten Leistungen an das Ausland für rund 10 Milliarden Dollar Wert gezahlt hat;
- während der gleichen Zeit insgesamt rund 4 Milliarden Dollar Auslandshilfe (davon 1,4 ERP- und 2,5 angloamerikanische GARIOA- und sonstige Hilfe) empfangen hat.

Sämtliche Auslandshilfe seit der Kapitulation macht also nur zwei Fünftel der eigenen Leistung Westdeutschlands aus.

Die Unterstützung des westdeutschen Wiederaufbaus durch den Marshallplan wird in der Bundesrepublik ebenso dankend anerkannt, wie die privaten Hilfsmaßnahmen der Care-Organisationen usw. Doch war Amerikas Hilfestellung für den bestaunten und gefürchteten Wiederaufstieg nicht entscheidend.

Die Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses, die im April 1952 nach einem Deutschlandbesuch den „überraschenden und außergewöhnlichen Aufbau in der Bundesrepublik“ ausschließlich auf das ERP zurückführte, irrte sich, als sie in ihrem Bericht schrieb: Ohne die Hilfsmaßnahmen Amerikas wäre Deutschland auf dem Stand des Jahres 1946 geblieben.

Es war das Deutsche Industrieinstitut in Köln, das bei aller Dankbarkeit die Dinge auf das volkswirtschaftlich richtige Maß zurückführte:

„Der wirtschaftliche Wiederaufbau Westdeutschlands ist ermöglicht worden durch Netto-Anlageinvestitionen, die sich in drei einhalb Jahren auf 41,3 Milliarden DM beliefen. Davon entfallen auf weitergeleitete Gegenwertmittel 2,9 Milliarden oder 7 Prozent. Selbst wenn man die moralische Bedeutung der Auslandshilfe sehr hoch einschätzt, ist es doch eine etwas groteske Verschiebung der Größenordnung, wenn man davon spricht, daß Westdeutschland ohne diese Hilfe auf dem Stand von 1946 geblieben wäre.“

Tatsache ist, daß die Bundesrepublik bei selbständiger Wirtschaftspolitik und gleichbleibenden Anstrengungen künftig ohne einen Cent der MSA-Verwaltung Averell Harrimans existieren könnte, wenn sie über den sogenannten Verteidigungsbeitrag selbst bestimmen und ihn selbst verwalten dürfte. Diese wirtschaftliche Lebensfähigkeit ist um so mehr gegeben, wenn der Bundesregierung in Fragen des nichtstrategischen Osthandels freie Hand gelassen würde, denn damit verringerte sich auch das noch akute Problem der Dollarlücke*).

Der Demontagekämpfer Fritz Baade, auf dessen Konto manches gerettete Werk in Westdeutschland kommt, ist am Ende der Marshallplanperiode konzilianter geworden: „Wir haben den Amerikanern für drei Dinge zu danken. Für Geld, für gute Ratschläge und für die Unterstützung in unserem Kampf um das Grundrecht jedes Volkes, nämlich das Recht arbeiten zu dürfen und den Lebensunterhalt selbst zu verdienen.“

Aber er ist dem Schatten seines altbösen Feindes Morgenthau auch heute noch auf der Spur: „Noch sind nicht alle Fesseln gefallen. Der erzwungene Kohlenexport zu Unterpreisen kostet die deutsche Volkswirtschaft jetzt laufend ein Mehrfaches

*) Besonders Lebensmittel kommen noch aus Amerika nach Deutschland, ohne daß sie durch ausreichende Gegenlieferungen gedeckt sind. So wurde 1951 beispielsweise Weizen zu 63, Mais zu 70 und Zucker zu 33 Prozent durch ECA-Dollar finanziert. Bei Tabak betrug der durch Marshallgelder gedeckte Importanteil 29, bei Baumwolle 31 und bei Erdöl 46 Prozent.



Tendenz auf Kanonen verlagert
Sicherheits-Direktor Harriman

des Betrages der letztjährigen Marshallplanhilfe. Der Schumanplan hat nicht nur konstruktive, sondern leider auch destruktive Züge. Er droht ein Instrument zu werden, um Besatzungsfesseln, die wegfallen, in Bündnisfesseln zu verwandeln, die fünfzig Jahre dauern sollen.“

Für das gesamte Westeuropa bringt die Erfolgsbilanz des abgelaufenen Marshallplans ein gemischtes Ergebnis.

Das große Ziel der Wiederaufrichtung der Produktion und der Heranführung der Versorgung an den Vorkriegsstand kann als voll erreicht, teilweise sogar als überschritten angesehen werden: Einschließlich Westdeutschland und Italien steht die Versorgung Westeuropas nahezu wieder auf dem Vorkriegsstand.

Damit aber ist längst noch nicht der allgemeine Friedens-Lebensstandard wieder erreicht, der erst mit der Ausfüllung der enormen Kriegsverluste in Europa an

nicht zur nackten Existenz nötigen Dingen entscheidend steigt.

Die westeuropäische Produktion steht nach den vier Marshalljahren auf (1938 = 100) der Indexziffer 145. Aber gerade hinsichtlich der direkten Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten ist eines geblieben: Das Dollardefizit Westeuropas, das 1948 über 5 Milliarden betrug, lag auch im vergangenen Jahr noch bei fast 4 Milliarden. Trotz — teilweise — verzweifelter Anstrengungen und trotz Dollar-Drive-Programm ist es den europäischen Nationen nicht möglich gewesen, die zum Ausgleich ihrer Bezüge nötigen Exporte in den USA unterzubringen.

In Richtung auf das zweite von George C. Marshall 1947 gesteckte Ziel, die Vereinigung Europas, sind nur Teilstrecken bewältigt worden. Besonders England hält wegen seiner Bindungen an das Commonwealth in dieser Frage immer auf Distanz. Neben der Europa-Armee Plevens auf politischem Gebiet und neben einer Reihe unausgeglichener Vereinigungspläne für die Landwirtschaft, den Verkehr und andere Teilfragen wurden in der Marshallplanperiode eingeführt:

- Die Europäische Zahlungsunion (EZU). Sie ermöglicht statt des bisher zweiseitigen den mehrseitigen Handelsverkehr in Westeuropa, indem sie alle Umsätze der Marshallplanstaaten miteinander einem Clearing unterwirft. Jedes Land braucht von seinem Partnerstaat nicht mehr nur soviel kaufen und ihm soviel liefern, wie der Partner selbst von ihm abnehmen oder ihm verkaufen will, sondern nur mit allen Ländern insgesamt muß der Warenverkehr ausgeglichen sein. Rund 80 Prozent aller Importe innerhalb der EZU-Länder werden liberalisiert, d. h. ohne Einfuhrgenehmigungen abgewickelt.
- Der Schumanplan. Er unterstellt die Kohle- und Stahlproduktion Deutschlands, Frankreichs, Italiens und der Beneluxstaaten einer gemeinsamen Hohen Behörde und schafft so auf diesem Wirtschaftssektor den großen europäischen Markt. Frankreichs Planungschef Jean Monnet wurde vor zwei Wochen Präsident dieser Hohen Behörde. Er hat einen Teil der Morgenthau-These in den Schumanplan hinübergerettet, indem er die mit Marshallgeldern aufgeblähte Stahlkapazität seines Landes jetzt als hohe Ausgangsbasis künftiger Investitionen in die Kohle-Stahl-Gemeinschaft einbringt.
- Der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC). Er ist eine Art Vorläufer eines künftigen Europäischen Wirtschaftsministeriums. Seine Verdienste liegen vorläufig noch in der Hauptsache auf dem Gebiet der europäischen Statistik.

All das aber sind in den Augen der großraumgewöhnten Wirtschaftsexperten Amerikas nur Anfänge. Ein wirtschaftlich und politisch eng integriertes Europa ist für den Amerikaner, der schon an einem einzigen Tagesablauf von der morgendlichen Rasur beim Friseur bis zum abendlichen Drink im Drugstore Bürger mit der Abstammung aus sämtlichen europäischen Nationen um sich hat, schon lange ein Lieblingswunsch. Amerikas globale Verteidigungspolitik macht diesen Wunsch noch dringlicher.

Die Kürzung des neuen Trumanschen Auslandshilfsprogramms für Europa um 1,5 Milliarden Dollar in der letzten Juliwoche ist nicht zuletzt ein Ausdruck des Unwillens darüber, daß dieser Zusammenschluß der Alten Welt nicht schnell genug vorangeht.

Der Abstrich im US-Kongreß erfolgte demonstrativ, ohne jegliche Prüfung, wo etwa eingespart werden könnte. Er soll für Europa eine Warnung sein.

ERP u. AUSSENHANDEL

(– Defizit, + Überschuß der Zahlungsbilanz*)

	1949	1950	1951
DEUTSCHLAND			
Jahresabschluß	–1053	–673	+152
Durch ERP bezahlte			
Einfuhren (u. Garioa)	956	481	428
ENGLAND			
Jahresabschluß	–523	+625	–1460
ERP-Einfuhren	684	710	215
FRANKREICH			
Jahresabschluß	–735	–218	–1058
ERP-Einfuhren	855	522	481

*) in Millionen Dollar